

Dank für 2014 - Herausforderungen in 2015



Danke für 2014 – Herausforderungen für 2015: Mit diesem Worten haben die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Rixinger Ihre Neujahrsgrüße überschrieben. Auch wir wollen uns da anschließen.

Haben wir doch als erstes für das Mammutwahljahr 2014 jedem einzelnen Danke zu sagen. Danke an alle, die in den Wahlkämpfen geholfen haben. Unser Dank gilt aber auch den Wählerinnen und Wählern, die uns mit Ihrer Stimme das Vertrauen ausgesprochen haben.

Im Jahr 2015 wird es nun an uns sein, gemeinsam das entgegengebrachte Vertrauen mit einer Politik für die Menschen zu bestätigen.

Die Kommunalwahlen liegen nun hinter uns und wir sind und bleiben breit in der Kommunalpolitik verwurzelt. Vor uns liegt ein Jahr unter den Vorzeichen klammer Kassen im Vogtland und einer bevorstehenden Landratswahl. Die Amtsnachfolgerin oder der Amtsnachfolger von Landrat Lenk wird dann den Karren aus dem Dreck ziehen dürfen, in den die CDU über Jahre hinein gefahren hat.

Aber auch auf der Landesebene sind wir als Vogtland wieder vertreten. Nach dem Rückzug von Andrea Roth aus der Landespolitik ist nun Janina Pfau im sächsischen Landtag. An dieser Stelle wollen wir noch einmal Andrea für ihre jahrelange Arbeit danken und wünschen Janina viel Kraft für die bevorstehenden Aufgaben.

Aber auch unsere Partei steht vor neuen Aufgaben. Zum einen gilt es unsere Öffentlichkeitsarbeit im Vogtland weiter zu verbessern. So werden wir unseren Vogtlandboten weiter entwickeln, aber auch die neuen Medien mehr nutzen. Zum anderen braucht, es aber auch diejenigen, die über die vielen guten Dinge reden, welche wir täglich in den Gemeinde- und Stadträten als Partei oder im Kreis- und Landtag für unser Vogtland machen.

Die Bundespartei steht auch vor neuen Herausforderungen; neben einer stärkeren Mitgliedergewinnung und den unterschiedlichen Zukunftskonferenzen in den Ländern und im Bund wird 2015 das Jahr sein, in dem sich die Partei auf zwei inhaltliche Großprojekte konzentrieren wird.

Die Kampagne »Das muss drin sein«, die am 1. Mai 2015 starten soll, sowie die »Linke Woche der Zukunft« vom 23. bis 26. April 2015 sind hier die Schlagwörter. Wie in der LINKEN üblich können und sollen sich alle Genossinnen und Genossen in diese Projekte einbringen.

Also dann: 2015 kann kommen DIE LINKE im Vogtland ist bereit.

Kreisvorstand DIE LINKE Vogtland

aus dem Inhalt:	Theater erhalten.....	S. 2
	Vermutung bestätigt.....	S. 3
	10 Jahre Sozialforum Göltzschtal.....	S. 4
	10 Jahre Montagsdemo Plauen.....	S. 5

DIE LINKE.



THEATER IN PLAUVEN UND ZWICKAU ERHALTEN!

Am Montag den 15.12.2014 sammelten wir, die „linksjugend [solid] Vogtland“, Unterschriften für den Erhalt des Theater Plauen-Zwickau am Postplatz in Plauen.

„Dazu erklärt Marco Sabha (Mitglied der linksjugend [solid] Vogtland) für die Linksjugend: „Die neuesten Nachrichten über die geplanten Kürzungen am Theater, welche ein Ende für das derzeitige Produktionstheater in den beiden Städten bedeuten würden, enttäuschen uns sehr, aber wir nehmen diese auch als einen Appell an, jetzt erst recht für den Erhalt unserer regionalen Kultur zu streiten.“

Die Reaktionen der PlauenerInnen zu unserer Aktion an diesem Tag waren sehr positiv und zeigten, dass es unseren BürgerInnen wichtig ist, dass Theater in seiner jetzigen Form zu erhalten. Wir werden weiter am Thema bleiben und auch weiterhin Druck auf die Verantwortlichen ausüben, denn am Theater darf, wie an der gesamten Kulturlandschaft, auf keinen Fall gespart werden!“

linksjugend [solid] Vogtland

Mit Blick auf die anstehende Entscheidung zur Änderung des Grundlagenvertrages zwischen den Städten Zwickau und Plauen zur Sicherung der Theater Plauen-Zwickau gGmbH, hat die Fraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag an den Stadtrat gestellt. Aufgrund der drastischen Kürzungen der Zuschüsse ab 2018 wird beantragt, die Laufzeit bis 31.12.2017 zu verkürzen, um eine Strategie zu erarbeiten, die die Zukunft des Theaters mit seinen Sparten auch nach 2017 sichert. Eine Spitzenrunde der Oberbürgermeister, Intendanz, Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Betriebsrat sollten sich zusammenfinden und diese Strategie erarbeiten.

Die Gesellschafter des Theaters sollten Vorschläge unterbreiten, wie das Theater gesichert werden kann. Dabei sollten mögliche Strukturänderungen bei sozialverträglichem Personalabbau berücksichtigt werden. Finanzielle Mittel (Abfindungen), die für einen Personalabbau notwendig wären, sollten dafür eingesetzt werden, die Beschäftigten und die Qualität des Theaters zu halten.

Petra Rank - Plauen

Antrag an den Stadtrat der Stadt Plauen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der dritte Grundlagenvertrag mit der Vertragsfassung vom 27. Februar 2007 zwischen den Städten Plauen und Zwickau zur Sicherung des Theaters Plauen-Zwickau gGmbH soll bis zum 31.12.2017 verlängert werden.

2. Zur Erarbeitung einer Perspektivstrategie für das Theater Plauen-Zwickau soll eine Spitzenrunde der Oberbürgermeister, Intendanz und Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Betriebsrat unverzüglich einberufen werden. Diese Strategie soll spätestens im September 2015 vorgelegt werden.

3. Die Gesellschafter des Theaters Plauen-Zwickau werden beauftragt, bis zum Juni 2015 Vorschläge zu unterbreiten, wie nach dem 31.12.2017 der Grundlagenvertrag gestaltet werden kann, um die Zukunft des Thea-

ters zu sichern. Dabei sollten mögliche Strukturänderungen bei sozialverträglichem Personalabbau berücksichtigt werden.

Begründung:

Der Änderungsvertrag zum Grundlagenvertrag soll bis zum 31.12.2020 verlängert werden. Die finanziellen Zuschüsse der Städte Plauen und Zwickau sollen ab 2018 drastisch gekürzt werden, was die Zukunft des Theaters in Frage stellt. Es ist nicht absehbar, ob die Zuschüsse des Kulturraumes in dieser Höhe weiterhin eintreten und ob das Land oder die Landkreise mit in die Finanzierung eintreten. Bis 2017 ist eine Lösung zur Sicherung des Fünf-Sparten-Theaters zu finden.

Claudia Hänsel - Fraktionsvorsitzende

VERMUTUNG WIRD BESTÄTIGT

Rathausanierung wäre preiswerter als Neubau

Zur letzten Stadtratssitzung in Plauen am 16.12.2014, war ein Schwerpunktthema die Sanierung der Rathausfassade.

Grund war der Antrag der Fraktion DIE LINKE an die Verwaltung, die Gegenüberstellung der Kosten für eine Sanierung oder Neubau des Nord-West-Flügels des Rathauses zu erarbeiten. Der Architekt Schenk stellte deshalb die Variante der Sanierung vor. Vorangegangen waren Untersuchungen der baulichen Substanz. So stellte sich u.a. heraus, dass die Stahlträger noch völlig in Ordnung sind und den heutigen Anforderungen entsprechen.

Die Außenfassade müsste erneuert, der Sitzungssaal saniert und der Eingangsbereich behinderten- und besu-

cherfreundlich gestaltet werden. Diese einfache Variante würde die Stadt ca. 5,0 Millionen Euro kosten, wovon 75% durch den Freistaat gefördert werden könnten. Über zusätzliche Baumaßnahmen zu Verschönerung bzw. Optimierung von Räumen kann der Stadtrat entscheiden.

Fazit ist, diese Variante käme der Stadt ca. 7,0 Millionen Euro billiger (ohne Fördermittel) und würde die jetzige Gestaltung der Fassade erhalten. Die Entscheidung, welche Variante nun gewählt wird, soll der Stadtrat oder ein Bürgerentscheid (laut Oberbürgermeister) treffen. Dabei sollte aber die zukünftige Haushaltslage der Stadt eine wichtige Rolle spielen.

Petra Rank - Plauen

DANKE!

Liebe Leserinnen und Leser, sie halten heute die erste Ausgabe des 23. Jahrgangs der Zeitung »Der Vogtlandbote« in den Händen. Mit dieser Ausgabe verabschieden wir auch zwei langjährige Redakteure unserer Zeitung.

Zum einen Peter Giersich. Er war viele Jahre unser Chefredakteur und man darf mit Fug und Recht sagen, dass der »Der Vogtlandbote« sein Kind ist. Über Jahre hinweg war es Peter, der jeden Monat eine neue Ausgabe entstehen lassen hat. Vom sammeln der Autorenbeiträge und Fotos über das Schreiben von Berichten und fotografieren bis zum nachfragen und "Nachgeboren" bei sovielen zum liefern von Beiträgen. Dann war da noch die „Vogtlandboten Zeit“ in der andere Termine und die Familie hinten anstehen mussten, weil Peter auch für den Satz der Zeitung verantwortlich zeichnete.

Kritik und sogar Anzeigen galt es während dieser Zeit für den leitenden Redakteur nicht nur einmal zu ertragen, sollte der Vogtlandbote doch auch immer [kritisch], [links] und [alternativ] berichten. Mit Erfolg.

Das Ausscheiden von Peter war angekündigt und die Redaktion sowie der Kreisvorstand haben für diesen sicher nicht einfachen Schritt Verständnis.

Wir möchten dir lieber Peter an dieser Stelle DANKE sagen. Danke für die Bände füllende Arbeit. Danke für die Exaktheit, Pünktlichkeit, Durchhaltekraft und „Leidensfähigkeit“ mit der du diese Arbeit gemacht hast. War und ist »Der Vogtlandbote« doch ein wichtiges Kommunikationsmedium für eine basisdemokratische Partei wie DIE LINKE um Basis und Vorstand in Verbindung zu halten.

Wir verabschieden auch „den Plauerer“ aus unser Redaktion. Klaus Jäger verlässt aus persönlichen Gründen unsere Redaktion. Ist er es doch der bei zahlreichen Ausgaben mit dafür gesorgt hat, die Beiträge heraus zu suchen oder gleich selbst zu schreiben die „gescheit“ sind.

Immer mit Fingerspitzengefühl, einer großen Dosis Faktenwissen und dem Finger in der Wunde hat Klaus unsere Ausgaben bereichert, aber auch andere Autoren unterstützt. Lieber Klaus auch dir können wir für deine Arbeit nur DANKE sagen. Danke, dass du immer Bescheid wusstest und dass du wusstest, was davon „gescheit“ war und ist.

Kreisvorstand und Reaktionskollektiv



ÜBERHÖHTE DISPOZINSEN MÜSSEN GESENKT WERDEN

Zur Antwort von Finanzminister Prof. Dr. Georg Unland auf die Kleine Anfrage „Höhe der Dispo- und Überziehungskredite der Sparkassen und Banken im Freistaat Sachsen“:

Das Ärgernis überhöhter Dispozinsen und Überziehungskredite ist für Verbraucherschützer schon lange ein großes Problem. Besonders in ländlichen Gebieten bleibt den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort oft keine große Auswahl an Geldinstituten. Umso erschreckender ist, dass die sächsischen Sparkassen hohe Dispozinsen von ihren Kunden verlangen. So findet sich in Sachsen keine Sparkasse, deren Dispozins unter 9,8 Prozent liegt, obwohl nach Angabe des Ministeriums die Dispozinsen in den letzten Jahren gesenkt worden seien.

Die sächsischen Sparkassen unterliegen der Aufsicht des Freistaates Sachsen. Auf meine Kleine Anfrage antwortete das Staatsministerium für Finanzen aber nur ausweichend. Ich fordere, dass der Dispozins und die Zinsen für Überziehungskredite auf fünf Prozent über den Leitzins begrenzt werden. Dieses wird bisher mit der „Begründung“ abgelehnt, dass dies eine Einschränkung des Angebotes von Dispokrediten zur Folge hätte und auch zu Verschuldungsanreizen führen könnte.

Im Gegenteil, durch die Senkung der Dispozinsen könnten Sparkassenkunden endlich aus der Schuldenfalle ausbrechen. Festzustellen ist, dass leider eine Selbstverpflichtung zur Senkung der Dispo- und Überziehungszinsen, wie zu erwarten war, nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat. Eine gesetzliche Regelung durch den Bundestag ist nötig, damit auch in Sachsen die Sparkassen die Zinsen senken

*Janina Pfau - MdL,
Sprecherin für Verbraucherschutz*

Vor genau 10 Jahren trat die "Agenda 2010" in Kraft. Sie war Ausgangspunkt für viel Kritik und die stärkste Schwächung der SPD den die Partei seit 1918 erlebt hatte. Damals bildeten sich im ganzen Land Protest- und Hilfsorganisationen für Betroffene, auch hier im Vogtland. Für uns Grund genug zu schauen, welche Angebote heute (noch) bestehen und wie Betroffene heute mit "Hartz IV" leben.

10 JAHRE SOZIALFORUM GÖLTZSCHTAL

kein Grund zum Feiern

Eigentlich ein komischer Titel für eine Jubiläumsveranstaltung. Noch dazu, wo in keinem anderen Kreis in Sachsen so häufig und kontinuierlich von der LINKEN und einer Arbeitsloseninitiative Veranstaltungen organisiert wurden, in den vor allem Hartz IV-Betroffene, aber auch Sozialhilfeempfänger und Rentner über ihre Rechte informiert wurden. Trotzdem kein Grund zum Feiern, denn Hartz IV existiert noch, mit einigen Verbesserungen, aber auch mit vielen Verschärfungen seit 2005.

Edith Franke, die "Mutter der sächsischen Tafeln", hat einen Betroffenen einmal so zitiert: "Dass ich wenig Geld habe, ist schlimm, aber dass die Leute mit dem Finger auf mich zeigen, ist unerträglich."

Hartz IV-Empfänger werden doppelt diskriminiert: einmal durch die Jobcenter, die auch Leuten, die bereitwillig alle Forderungen erfüllen, gleich einmal mit einem Strafverfahren drohen, und durch die öffentliche Meinung: Arbeit gäbe es genug, wer arbeitslos ist, wolle nicht arbeiten.

Wie ist die Wirklichkeit:

1.) Im Vogtland sind monatlich derzeit meistens etwa 8.500 Bürger offiziell arbeitslos gemeldet, dazu gehören etwa 4.000 bis 4.500 Aufstocker, also Leute, die arbeiten, aber von ihrem Verdienst nicht leben bzw. ihre Familie nicht ernähren können und deshalb ergänzend Hartz IV erhalten. Auch viele der Nichtaufstocker arbeiten geringfügig, denn ein Verdienst bis 100 € im Monat wird auf das ALG II nicht angerechnet.

2.) Durchaus nicht jeder, der sich um eine freie Arbeitsstelle bemüht, erhält die Stelle. Dazu einige Beispiele aus meinen Beratungsstunden: Zwei Bewerberin bekommen gesagt, sie seien zu klein, um im Supermarkt Regale aufzufüllen, eine 60 jährigen mit ge-

gentlichen Rückenproblemen wird abgelehnt, weil sie die harten Normen in der Reinigungsdienstleistung absehbar nicht erfüllen kann, eine Auerbacherin kann eine angebotene Stelle bei einem Schönheider Bäcker nicht annehmen, weil sie kein Auto besitzt (ist im ALG II auch nicht vorgesehen), und öffentliche Verkehrsmittel nicht so fahren, dass sie früh zwei Uhr auf der Arbeit sein kann (der frühe Arbeitsbeginn ist kein Problem für sie), eine alleinerziehende Mutti mit Kleinkind ohne Eltern in der Nähe muss eine Arbeit mit Schichtbetrieb ablehnen.

3.) Verheerend wirkt sich auch das allgemeine gesellschaftliche Wertebewusstsein aus: Der Wert eines Menschen wird heute allgemein bestimmt durch das, was er hat: ein großes Auto, ein attraktives Eigenheim, Markenkleidung, das neueste Handy usw. Kinder von Hartz IV-Empfängern können da nicht mitkonkurrieren, auch wenn ihre Eltern auf vieles verzichten um ihren Kindern noch mit Geld ihrer Regelleistung Sachen kaufen zu können. Solidarität? Fehlangezeige. Humanität? Nicht mehr modern.

Kathrin Kosche vom Sozialforum Göltzschtal zeigte in Wort und Bild, wie sie versucht, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und ihr Leben trotz Hartz IV sinnvoll zu gestalten: durch Sport - wenn sie nach dem 24-Stundenlauf in Reichenbach auf dem Siebertreppchen steht, gibt ihr das Kraft für viele Wochen, oder sie tankte Kraft bei einer Fahrradtour ins unbekannte Schweden. Wichtig ist dabei nicht nur das Erlebnis der erbrachten Leistung, sondern genauso bedeutsam sind die Gespräche mit Sportfreunden und Helfern. Ihr Fazit: sich nicht verkriechen, sich nicht aufgeben, Freunde unter Gleichgesinnten suchen!

Das Sozialforum Göltzschtal und die Partei DIE LINKE möchten dabei helfen!

Dorothea Wolff - Auerbach

NEIES VON DR META

Ne Dienstoch sei die Neideiteln und iehr Freindin, da Falkenstaaner Meta, widder auf ne Plausischen Weihnachtmarkt gange, weils dorten heier so schee is. Jede hott fier iehre Enkele e weng woas zem Naschen fier ne Niklaustoch gekaafft. Weils so kalt woar, sei se dann glei neis Cafè Trömel gange un hamm siech bei ner gutn Kaffee un Stolln aufgewärmt.

„Bei uns hängt dar Hausseeng schief“, soocht de Meta, „den unnern klaans Enkel Paul, der nei de dritte Klass gett, sei guter neier Lehrer, der itze im neien Schulgoahr sei Klasslehrer is, hott denn Kinnern gesoocht, desser ball mimmer komme kaa, weil se ihn blooß fier e halbes Goar befristet eigestellt hamm. Ab März werd er Oberfranken, in Rehau, e neie Klass iebernerne, denn im Westn wern de Schullehrer net wie Halmastaa hie un her geschoom un varbeamtet werd er aa glei.“

Unner Gung un alle annern in der Klass, hamm Rotz un Wasser gegrinne, wie er dess ihnen arzeeht hott. Alle sei bei dem gern nei de Schul gange un hamm aa viel un fleißisch gelernt un gute Zensurn hamm gebracht. Un sette fähische Leit wern widder nausgeheim, weil se in Dresden auf Teifel komm raus ner des Sparn im Nischl hamm“.

Dieter Riedler - Leubnitz

Mit dieser Ausgabe des Vogtlandboten wollen wir etwas neues ausprobieren, das „SMS-Interview“. Kurz erklärt: Jede Frage und jede Antwort in diesem Interview sind nicht größer als eine SMS-Kurznachricht, also 160 Zeichen. Als erste Interview-Partnerin in diesem Format steht uns Christa Beck vom „Bürgerforum SOZIALKULTUR Plauen i.V. zur Verfügung.

»WIR WISSEN ALLE: SOZIALABBAU IST DEMOKRATIEABBAU«

Vogtlandbote:

Hallo Christa, was verbirgt sich hinter dem Bürgerforum SOZIALKULTUR i.V.?

Christa Beck:

Hallo, hervorgegangen aus einer Arbeitsgruppe von attac wollten wir die Montagsdemos weiterführen um die Gefahr des Sozialabbaus für die Gesellschaft und die Demokratie zu thematisieren.

Vogtlandbote:

Du warst schon bei den ersten Montagsdemos zur „Agenda 2010“ in Plauen im Jahr 2004 dabei. Wie hast diese Zeit erlebt?

Christa Beck:

Die durch die Schröder-Regierung angekündigten Kürzungen im Sozialbereich empörten viele Menschen. Sie glaubten, mit Ihrem Protest die Politiker umstimmen zu können.

Vogtlandbote:

Seit dem ist viel passiert. Die Demonstranten wurden weniger, die öffentliche Wahrnehmung auch. Ihr macht trotzdem weiter. Warum?

Christa Beck:

Wir wissen alle: Sozialabbau ist Demokratieabbau. Und für Demokratie muss man kämpfen. Mit der Montagsdemo bleibt das öffentlich.

Vogtlandbote:

Was war das schönste, was du in 10 Jahren Montagsdemos in Plauen erlebt hast?

Christa Beck:

Das Schönste – die Mitstreiter begrüßen zu können und zu fühlen, dass auch sie etwas bewirken wollen.

Vogtlandbote:

Wie sehen eure Planungen für 2015 aus?

Christa Beck:

Wir stehen weiterhin jeden zweiten Montag auf dem Theaterplatz bis endlich eine einsichtige Regierung den unerträglichen Sozialabbau zurück fährt.

Vogtlandbote:

Dabei wünschen wir euch viel Erfolg! Danke für das erste „SMS-Interview“



Wir brauchen eure Artikel!

Schwerpunktthema der nächsten Ausgabe wird "Rassismus" sein. Natürlich sind auch alle anderen Themen willkommen.

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de





© Bild: Kathrin Kosche

„DIE LEBEN JA AUF KOSTEN DER GESELLSCHAFT!“ Maßnahme vom Jobcenter - mit Druck in die Zeitarbeit

Unterstützend mit dem klarstellenden und die Menschheit auf Gedeih und Verderb in zwei Lager teilenden Spruch "schließlich leben Sie ja auf Kosten der Gesellschaft" wurde ich mit weiteren Teilnehmern in die Maßnahme des Jobcenters AViBA (Aktivierung und Vermittlung mit intensiver Betreuung und Anwesenheitspflicht), die speziell für langzeitarbeitslose Hartz IV-Bezieher vorgesehen ist, eingewiesen.

Jeder von uns 19 Teilnehmern verfügt über einen Berufsabschluss. Mehrere haben bereits ein halbes Arbeitsleben gemeistert. Die Computerfertigkeiten differieren entsprechend der Berufsbranche von "mal einen PC gesehen" bis zur alltäglichen und selbstverständlichen Nutzung.

Die ersten Tage waren wir damit beschäftigt, Zeugnisse und andere für die Arbeitssuche relevante Originaldokumente einzuscannen, in höchster Auflösung und in Farbe. Wer kein Bewerbungsfoto vorweisen konnte, der wurde "abgelichtet". Nach einem Muster aus dem Internet und unter Anleitung des Dozenten erstellte jeder von uns seinen Lebenslauf.

Nachdem alle Vorbereitungen erledigt waren, wurde mit dem eigentlichen Anliegen der Maßnahme begonnen.

Wir sitzen am PC mit Zugang ins Internet und suchen nahezu 8 Stunden täglich nach freien Stellen, hauptsächlich über die vorgegebene Internetadresse der Jobbörse des Arbeitsamtes. Gefunden werden fast ausschließlich Arbeitsplätze als Helfer bei Zeitarbeitsfirmen. Der Slogan des Dozenten dazu lautet: "Freuen Sie sich, Sie bekommen dort jetzt schon den Mindestlohn!"

Auf jedem der über Netzwerk verbundenen Computer des Unterrichtsraumes läuft standardmäßig ein Überwachungsprogramm. Der Dozent hat an seinem PC die Möglichkeit, Bildschirmausgaben unserer Computer zu beobachten, kann somit Aktivitäten und Inaktivitäten registrieren. In einer Liste werden erfolgte Bewerbungen für den Abschlussbericht an das Jobcenter erfasst.

Unter diesem Druck stapeln sich täglich etliche Bewerbungsschreiben auf dem Tisch des Aufsichtspersonals. Die

Kosten für Bewerbungsmappen, Papier, Versandtaschen und Porto übernimmt in großzügiger Art und Weise der profitierende Träger der Maßnahme.

Die Bewerbungen bei Zeitarbeitsfirmen und der aufgebaute Druck auf die Teilnehmer zeigen selbstverständlich Wirkung. Völlig unkompliziert werden durch den Träger zahlreiche Vorstellungstermine in den 30 Kilometer entfernten Geschäftsstellen bekannter Unternehmen der Arbeitnehmerüberlassung finanziert.

Die drei ALG II-Empfänger, die in prekärer Beschäftigung gelandet sind und bei einem Stundenlohn von 7,86 € im ungünstigen Fall mit Hartz IV-Leistungen ihren eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familie aufstocken müssen, werden den hohen Kostenaufwand dieser achtwöchigen "Aktivierung" nicht annähernd ausgleichen können. Hinzu kommt der Umstand, dass der Arbeitgeber sich seine neuen Arbeitskräfte finanziell bezuschussen lässt. Finanzieller Zuschuss - von wem eigentlich?

Kathrin Kosche - Auerbach

ABRECHNUNG MIT HOCH HINAUS DER SPD

Hier findet gegenwärtig eine Grundsatzzdebatte statt, in welcher sich die SPD entweder für eine wirtschaftsfreundliche, neoliberale Politik oder für eine soziale Politik entscheiden soll, wobei zumindest in der SPD-Führung die erstere Richtung favorisiert wird. Der Wähler hat leider nicht vergessen, dass die SPD Urheber für Hartz 4 ist und heute ist Hartz 4 eine schwere Hypothek in der SPD. Bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU nach den letzten Bundestagswahlen wurde alles, worüber mit der CDU keinen Einigung erzielt werden kann, ausgeklammert wie z.B. die Bürgerversicherung, welche das heutige aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung bestehende Finanzierungssystem des Gesundheitswesens ablösen sollte. Vom übrigen SPD Wahlprogramm braucht die SPD in der großen Koalition nur 20% umzusetzen, wie es die grandiose Rentenreform zeigt, welche für die meistens Bestandsrentner in der Erwerbsminderungs- und in der Altersrente außer der jährlichen Anpassung keine Verbesserungen brachte sowie der löchrige Mindestlohn von nur 8,50 Euro pro Stunde, der für Langzeitarbeitslose, die aus dem Hartz-4-Bezug wieder in das Erwerbsleben eintreten, auch 2017 für die ersten 6 Monate nicht gilt. Auch Hartz 4 wurde hier ausgeklammert, wobei jetzt das Bundesverfassungsgericht die Armutsgrenze von 60% des Medianwertes des Durchschnittseinkommens auf den Hartz-4-Regelsatz abgesenkt hat, obwohl der Hartz-4-Regelsatz alleine für einen normalen Lebensstandard nicht ausreicht. In einer rechnerisch im gegenwärtigen Bundestag möglichen Koalition mit den Grünen und der Linken müsste die SPD allerdings 200% von ihrem Wahlprogramm wie u.a. die Einführung einer Bürgerversicherung, einer solidarischen Mindestrente für alle Rentner von mindestens 850 Euro im Monat und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zur Überwindung von Hartz 4 umsetzen. Die SPD wird sich jetzt entscheiden müssen, welche Richtung sie in der Politik einschlagen will.

Ulrich Neef - Plauen

HOCH HINAUS

Im wahrsten Sinne „aus heiteren Himmel“ kam kürzlich wieder eine Nachricht, die uns nachdenklich und wütend machen muss: Ein US-Manager Alan Eustace prahlt damit, mit einem Fallschirmsprung aus 41 km Höhe den bisherigen Rekord eines Österreicher Feix Baumgartner gebrochen zu haben. Man geht davon aus, dass die Baumgartner-Aktion rund 50 Millionen Euro gekostet hat. Die Kosten der jüngsten Mission werden verschwiegen.

Ein Unternehmen will daraus künftig ein gutes Geschäft machen und zahlungskräftige Kunden in den Himmel hieven. Ab 2016 sollen Touristen mit einem Druckanzug losfliegen und aus einer Luxuskapsel mit eingebauter Bar und Toilette die Aussicht genießen.

Hoffentlich ist die Technik mit entsprechenden Fernrohren auch so aufgerüstet, dass man von da oben auch zusehen kann, wie die vor Hunger und Armut aus Nordafrika Flüchtlenden qualvoll ertrinken müssen, wie fast eine Milliarde Menschen unserer Erde an Hunger leiden. Hoffentlich erkennt man auch die vielen EBOLA-Toten und die noch zahlreicheren Unschuldigen, die in sinnlosen Kriegen täglich zu Morbopfern werden.

Horst Blechschmidt - Altensalz

PETER, WIR DANKEN DIR!

Viele Jahre war "Der Vogtlandbote" unter der Regie von Peter Giersich für uns in der Fremde ein enger Bezug zur politischen Heimat.

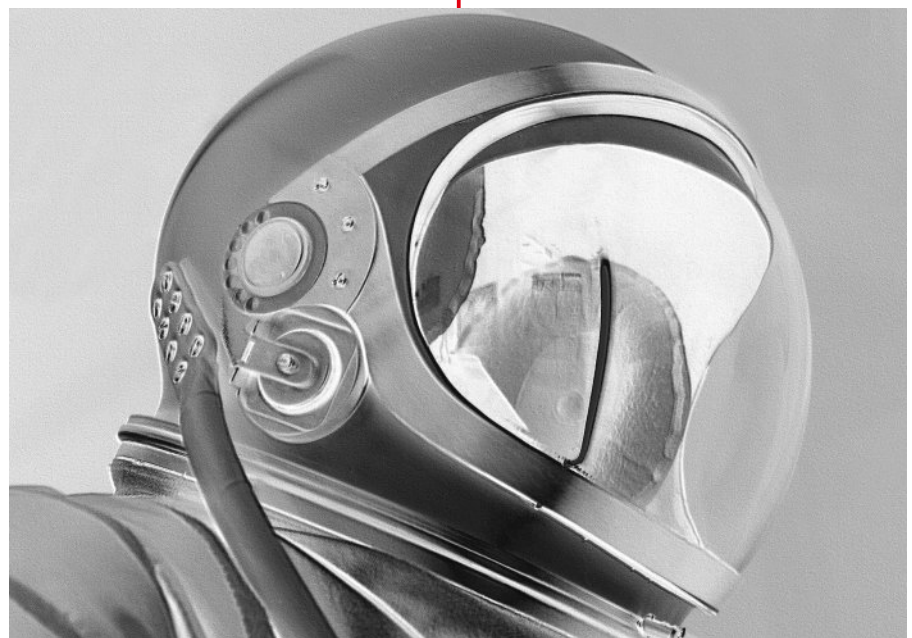
Wir werden alle älter, haben Probleme mit unsrer Gesundheit, aber auch mit der unsrer Lieben.

Es ist Peter zu danken, dass er lange Zeit alle seine Kraft für den "Vogtlandboten" aufgebracht hat. Wir jedenfalls danken ihm, wünschen Peter Gesundheit, Kraft für seine Familie und für seine noch weitere Arbeit im Sinne unserer Partei.

Bleibe der neue "Vogtlandbote" weiter ein kritischer-optimistischer Bergleiter der Linken im Vogtland!

Peter, wir danken Dir!

*Martina Liebig, Reiner Zimmermann
Berlin*



GEDENKEN AN KARL LIEBKNECHT UND ROSA LUXEMBURG

**17. JANUAR 2015
10:30 UHR
FALKENSTEIN
CAROLA-PLATZ**

**IM ANSCHLUSS
ÖFFENTLICHES FORUM**

DIE LINKE.

INTERESSANT ?!

Die Weltbevölkerung hat eine aktuelle Größe von rund 7.000 Millionen Menschen. Und Deutschland eine Fläche von rund 357.000 km². Das heißt wenn alle Menschen der Erde in Deutschland wohnen würden hätte jeder rund 51m² Platz.

TERMINE

des Bürgerforum
SOZIALKULTUR Plauen i.V.

- 05.01. Was bringt das neue Jahr?
- 19.01. TTIP – Waffe gegen die Demokratie
- 02.02. Thema noch ausstehend
- 16.02. Thema noch ausstehend

Wo?: Theaterplatz Plauen

Die Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV trifft sich

am 12. Januar und am 9. Februar von 16 Uhr bis 18 Uhr, in der Auerbacher Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, A.-Schweitzer-Str. 34 (linkes Hochhaus)

Am 15. Januar 2015 findet die erste Lesung des 9. SGB II-Änderungsgesetzes im Bundestag statt, am 16. Februar 2015 die zweite und dritte Lesung. Danach wird der Gesetzesentwurf am 6. März im Deutschen Bundesrat behandelt. Wir hoffen, dass wir den Gesetzesentwurf vor dem 12. Januar erhalten, wollen ihn in unserer Zusammenkunft am 12. Januar besprechen und Forderungsschreiben an die Fraktionen des Bundestages diskutieren und beschließen. Am 9. Februar wollen wir die geänderte Fassung diskutieren und Forderungen an den Bundesrat besprechen und verabschieden.

Alle Betroffenen und sozial Engagierten sind herzlich eingeladen!

Die Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV trifft sich

jeden 2. Montag in den Monaten, in denen keine Veranstaltung des Sozialforums Göltzschtal stattfindet, von 16 Uhr bis 18 Uhr in der Auerbacher Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, A.-Schweitzer-Str. 34 (linkes Hochhaus)

Wir wollen zwanglos über unsere Probleme sprechen, wollen beraten, wie wir uns gegen Rechtsverstöße wehren und uns dabei gegenseitig helfen können und wir wollen Briefe mit Forderungen und Protesten an Ministerien und Ämter entwerfen und versenden. Vor allem aber wollen wir uns Mut machen, auch in schwierigen Lebenssituationen den Kopf oben zu behalten!

Alle Betroffenen und sozial Engagierten sind herzlich eingeladen!

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die im Januar ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

H. Döring	Plauen	02.01.
I. Wolf-Schönfuß	Reichenb.	02.01.
H. Kunzmann	Oelsnitz	03.01.
M. Pollmer	Plauen	03.01.
W. Wadewitz	Bobenneuk.	05.01.
G. Klaus	Plauens	06.01.
G. Burkhardt	Plauen	08.01.
Renate Netsch	Berlin	14.01.
Ilse Meinel	Klingenthal	16.01.
M. Chemnitz	Pausa	16.01.
Ilona Meinel	Klingenthal	16.01.
Lisa Zimmer	Auerbach	18.01.
J. Frischer	Plauen	19.01.
Rudi Hofmann	Bad Bramb.	23.01.
Albert Friedrich	Weischlitz	24.01.
Elfriede Fischer	Adorf	27.01.
S. Weidlich	Auerbach	27.01.
Ingeborg Horn	Plauen	29.01.
Fritz Kipry	Auerbach	30.01.
T. Poehland	Klingenthal	30.01.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19.12.2014, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 21.01.2015. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.